

Aufdraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

23. April 2024



**Heraus zum 1. Mai
dem Kampftag
der Arbeiterklasse!**

Nein zur Kriegstüchtigkeit!

9.30 Auftakt, Agentur für Arbeit, Kapuzinerstraße 26

10.00 Demonstration zum Marienplatz

11.00 Kundgebung

12.15 Familienfest

Bild: 1. Mai Demonstration 2018, München Marienplatz

Der 1. Mai vor 110 Jahren:

Gegen den Krieg – für Völkerfreundschaft!

Als in vielen Orten des deutschen Kaiserreiches Gewerkschaften und SPD die Arbeiterinnen und Arbeiter vor 110 Jahren aufriefen, zu den Veranstaltungen und Feiern am 1. Mai zu kommen, wussten sie noch nicht, dass drei Monate später der erste Weltkrieg beginnen wird. Doch sie wussten, dass Krieg drohte. Und so protestierten sie am 1. Mai nicht nur für den Achtstundentag, gegen die Klassenjustiz und die Lebensmittelteuerung, sondern auch für Völkerfreundschaft. „Die brutale Willkür des Militarismus“, so heißt es in dem abgebildeten Lübecker Aufruf, „die steigende Flut des Imperialismus mit all seinen Teilerscheinungen – den Kriegshetzern und Rüstungstreibern – erfordert, dass die Arbeiter einen eisernen Willen und das siegesfrohe Bekenntnis zum sozialistischen Endziel entgegensetzen“. Klar war damals noch, dass es der Imperialismus ist, der zum Krieg treibt und zwar nicht nur irgendwo, sondern im eigenen Land. Krupp, Thyssen, Siemens, AEG, BASF, Deutsche Bank und wie sie alle hießen und zum Teil heute noch heißen, war das deutsche Kaiserreich zu klein geworden für ihr Profitstreben. Sie drängten danach, die Welt, die Absatzmärkte, die Rohstoffe, zu ihren Gunsten neu aufzuteilen und gerieten dadurch in zunehmende Konflikte mit ihren Klassenkumpanen aus Frankreich, Großbritannien, Russland. Der Staat rüstete auf Teufel komm raus, forderte mit dem Bau von Kriegsschiffen die Seemacht Großbritannien heraus, griff nach weiteren Kolonien.

Weit verbreitet war in der Arbeiterschaft noch die Erkenntnis, dass diesem System ein Ende gesetzt werden muss, dass die Arbeiter die Fabriken und den Staat in die Hände nehmen müssen, wenn man ein gedeihliches Zusammenleben der Völker will.

Drei Monate später

sollte davon nichts mehr klar sein. Die Führung von SPD und Gewerkschaften stimmten für die Kriegskredite, alle Streiks wurden abgebrochen, die Streikgelder für die Kriegsfürsorge verwandt. Der brutale russische Zarismus war plötzlich schuld, gegen den man sich „verteidigen“ müsse. „Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russi-

len wollte man offensichtlich nicht den drohenden Härten eines Kampfes gegen Regierung und Kapital und ihre Kriegsabenteuer opfern. Und so fiel kein Arbeiterkampf, geschweige denn eine Revolution den Kriegstreibern in den Arm. Alleine gelassen wurden die Arbeiter in den Krieg gehetzt, geschossen auf ihresgleichen und wurden von ihresgleichen erschossen.

Nicht alle vergaßen

Nur ganz wenige der führenden Sozialdemokraten warfen ihre Grundsätze nicht über Bord. „Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital“, erklärte Karl Liebknecht, als er im Dezember 1914 als einziger Abgeordneter gegen weitere Kriegskredite stimmte. Er gab nicht auf, während des Krieges den Kampf dagegen zu organisieren, rüttelte in Flugblättern Frauen und Männer auf: „Genug und übergenug der Metzelle! Nieder mit den Kriegshetzern ... Vereinigt euch zum internationalen Klassenkampf ... gegen den Imperialismus, gegen den Krieg, für einen Frieden im sozialistischen Geist. Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“

Als der Krieg kein Ende nehmen wollte, das Leben immer unerträglicher wurde, wuchs der Widerstand. Immer häufiger gingen Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Straße, protestierten gegen Hunger, Tod und Zerstörung. Zusätzlich ermutigt durch die Revolution der russischen Arbeiter und Bauern im Oktober 1917 erhoben sich schließlich die Matrosen in Kiel. Die Novemberrevolution begann und beendete das Völkerschlachten. ■gr



Lübeck, 1. Mai 1914

schen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt diese Gefahr abzuwehren...“, so begründeten nun die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten ihr Ja zu den Kriegskrediten. Die bequemen Sessel in Parlament und Gewerkschaftszentra-

Ich will

- o die **Auf Draht** gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- o die **DKP** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- o die **Gruppe KAZ** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Telefon

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail

Bitte einsenden an: **Auf Draht** • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

eMail: auf.draht@gmx.de

gruppeKAZ@kaz-online.de

www.dkp-bayern.de

www.kaz-online.de

Sprechstunde der DKP München:

jeden Freitag 10-12 Uhr

Schwanthalerhöhe, Holzapfelstr. 3

80339 München

Vor zehn Jahren

Massaker im Gewerkschaftshaus von Odessa

Am 2. Mai 2014 zieht ein faschistischer Mob, mit Knüppeln und Helmen bewaffnet, durch die Straßen. Etwa 2.000 rufen: „Russen ans Messer“ - „Rechter Sektor“ - „Kommunisten hängen“ - „Bandera“ - „Slava Ukraina“ ...

Auf einer Bühne vor dem Gewerkschaftshaus, auch Sitz der KP Ukraine, wird eine Kundgebung mit Konzert vorbereitet. Auf einem Transparent ist zu lesen: „Wir sind für Referendum!“ Dieses soll über die Autonomie der mehrheitlich Russisch sprechenden Bevölkerung im Donbas (Ostukraine) entscheiden.



Mob vor dem Gewerkschaftshaus

Vor dem heranrollenden Mob gewarnt, errichten die Antifaschisten Barrikaden aus Paletten, die ihnen später zum Verhängnis werden. Sie ziehen sich ins Gewerkschaftshaus zurück.

Zelte der Antifaschisten werden angezündet. Die Faschisten dringen ins Haus ein, rufen „Tötet die Russen“, durchkämmen alle Stockwerke. Die Antifaschisten haben sich in Räume eingeschperrt. Einigen

von ihnen gelingt die Flucht aufs Dach. Manche verteidigen sich mit Schaufeln.

Das ganze Erdgeschoss brennt, die Paletten waren im Eingang angezündet worden. Auf den Gesimsen im 3. und 4. Stock liegen Menschen, die vor Flammen und Rauch geflohen waren. Andere springen. Die Faschisten schießen auf Eingeschlossene, die sich am Fenster zeigen.

Eine Polizeihundertschaft kommt, bleibt untätig 50 Meter vor dem Gebäude stehen. Mit gesenktem Kopf, wie Augenzeugen berichteten. Die den Flammen entkommen, schon schwer verletzt, werden unter den Rufen „Kommunisten!“ getreten, erschlagen. Erst eine Stunde später kommt eine Feuerwehr, stellt rettende Leitern auf. Das Depot ist nur wenige hundert Meter entfernt.



... legt Feuer

42 Antifaschisten sind verbrannt, erstickt, erschlagen, zu Tode gestürzt. Mehr als 200 Verletzte werden gezählt. Das Massaker war vorbereitet. Augenzeugen berichteten von den mitgeführten Waffen:

Der Vollständigkeit halber. Das erste Massaker von Odessa war im Oktober 1941. Mindestens 25.000 Juden wurden von der Naziwehrmacht in Lagerhallen getrieben und verbrannt.

Bei dem Referendum im Mai 2014 haben sich nach Angaben der Unterstützer fast 90 Prozent für mehr Selbstbestimmung ausgesprochen. Die ukrainische Regierung sowie die EU und die USA erkannten die Abstimmung nicht an.

Zehn Jahre ist es her, dass vor laufenden Kameras dutzende Menschen ermordet wurden. In den westlichen Medien wurden sie nur „Pro-Russen“ genannt. Was heute in der Ukraine geschieht, ist auch eine Folge dieses Verbrechens und des Umgangs mit diesem Fanal.

Brandflaschen, Signalpistolen, Pumpguns, Laserpointer. Alle Mörder sind mit Fotos bekannt, nicht ein einziger wurde verhaftet. Festgenommen wurden jene Kollegen, die sich ins Gebäude zurückgezogen hatten und überlebten. Alle Untersuchungen des Verbechens verliefen im Sand. ■ krn



Drei der Opfer

Wer sich beim Geschäft mit dem Tod eine goldene Nase verdient

Die Financial Times hat in einem Bericht festgestellt, dass weltweit kein Rüstungskonzern so stark vom „Revival der europäischen Verteidigungspolitik“ profitiert wie Rheinmetall. Die Düsseldorfener rechnen bis 2026 mit einer Verdoppelung des Umsatzes auf bis zu 14 Milliarden Euro. (1)

Damit es keinen Stopp bei der Wiederbelebung vom Mords-Geschäft gibt, hat die EU noch eine Millionen-Schippe aus Steuergeldern zugelegt, die den Lohnabhängigen für Granaten aus den Knochen gepresst werden. In einer Pressemitteilung des Rüstungskonzerns vom 27. März 2024 heißt es: „Rheinmetall bekommt Förder-



Karl Liebknecht schrieb 1907 zu Rüstungsindustrie und Militarisierung der Gesellschaft: „Schließlich besitzt der Militarismus als Arbeitgeber ein beträchtliches Mittel zur Beeinflussung der Bevölkerung. Ein großes Arbeiterheer ist ihm untertan. Die Militärlieferanten haben ihre recht kräftigen Hände mit an der Kurbel unserer Staatsmaschinerie. Wenn sie auch schon beim bewaffneten Frieden ihr Schäflein scheren, so winkt ihnen im Krieg hundertfältige Frucht. Daher sind sie ganz gefährliche Kriegstreiber.“
(Karl Liebknecht, 1907: „Militarismus-Antimilitarismus“)

Der SPD zur Erinnerung: Karl Liebknecht stimmte 1914 als SPD-Reichstagsabgeordneter als Einziger gegen die Kriegskredite. Er und Rosa Luxemburg wurden 1919 von verhetzten Reichswehrsoldaten ermordet.

► Fortsetzung von Seite 3

Wer sich beim Geschäft ...

mittel der Europäischen Union zur Ausweitung der Produktion von Munition. Der Düsseldorfer Rüstungskonzern erhält insgesamt 130 Millionen Euro aus dem rund 500 Millionen schweren EU-Topf des Act in Support of Ammunition Production (ASAP). Die Gelder sollen in sechs Projekte von Rheinmetall-Tochtergesellschaften in Deutschland, Ungarn, Rumänien und Spanien fließen. Bis 2027 will der Konzern in der Lage sein, jährlich bis zu 1,1 Millionen Artilleriegranaten zu produzieren; aktuell sind es jährlich rund 700.000 Schuss."

Höchste Zeit, aus Betrieben und Gewerkschaften heraus der Kriegspolitik der Regierung und dem ganzen Tross der Völkerhass verbreitenden Kriegstreiber und Kriegshetzer mit geeigneten Maßnahmen entgegenzutreten – mit Demos, Warnstreiks, Streiks! ■Lu

(1) Info aus jungeWelt vom 24. Februar 2024: „Ampel zerlegt den Sozialstaat“

(„Revival“ heißt Wiederbelebung. D. Red.)

Weil's wurscht is'



Das waren noch Zeiten

Nach über 77 Jahren beenden Adidas (Herzogenaurach) und die deutsche Nationalmannschaft 2027 ihre Partnerschaft. Ein Sturm der Entrüstung bricht los.

Denn der Lieferant ist nunmehr Nike (USA). Als offizieller Ausrüster des DFB zahlt Nike mit

mindestens 100 Millionen Euro im Jahr etwa das Doppelte wie Adidas.

Den kambodschanischen Näherinnen ist es - bei einem Stundenlohn von einem Euro - wurscht, für welches Land sie das Heiligtum Nationaltrikot nähen. Nike oder Adidas ist da nur eine Frage des Stockwerks. ■krm

BMW und NIO – so machen's die Chinesen



Der NIO-Manager zeigt auf gelbe Linie

E-Mobile aus der Volksrepublik China bereiten den deutschen Autobauern Kopfzerbrechen. Zum Beispiel die Marke NIO, von der Autotester berichten, dass deren Fahrzeuge in der Klasse von BMW Modellen mithalten können. So ein NIO ET5 kostet knapp 50.000 Euro. Sein Alleinstellungsmerkmal ist ein automatisierter Batterietausch in fünf Minuten. Der technisch vergleichbare BMW i4 geht bei 56.000 Euro los.

Keines dieser Autos werden sich die meisten BMW-Arbeiter leisten können. Interessant für die Kollegen ist jedoch, wie das in einer chinesischen Fabrik so läuft.

Da bewegt sich das Fließband nur weiter, wenn der Arbeiter hinter einer gelben Linie steht. (Foto aus Video von NIO.) Solange der chinesische Kollege montiert, steht das Band. Anders bei BMW, etwa in Milbertshofen. Der Münchner Kollege befindet sich am stetig laufenden Band. Wenn er mit seiner Tätigkeit nicht fertig wird, muss er eine „Reißleine“ ziehen. Dann kommt ein „Serviceteam“. Wenn das einem Arbeiter öfter passiert, hat er ein Problem.

Die Autobauer in China kümmern sich nicht nur um clevere Batterielösungen, sondern auch um gestresste Bandarbeiter. ■krm

Anzeigen

UZ
unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP

Sagen was ist!

Jetzt 6 Wochen kostenlos testen. Oder direkt abonnieren!

Tel.: 0201 177889-15
abo@unsere-zeit.de
www.unsere-zeit.de/abo/

Warnstreik bei der SZ

Am 21. März fand die zweite Runde der Tarifvertragverhandlungen in der Druckindustrie statt. Der vorherige Vertrag war Ende Februar ausgelaufen. Ver.di fordert 12 Prozent mehr Geld für die Beschäftigten. Der Nachholbedarf ist groß, denn das letzte Ergebnis lag weit unter der Inflationsrate. Der Bundesverband Druck und Medien (BVDM) bietet 2 Prozent 2024 und 1 Prozent 2025, was einen Reallohnverlust bedeuten würde. Die Beschäftigten reagierten mit Warnstreiks, wie am 5. April beim Süddeutschen Verlag Zeitungsdruck. ■jo

Aufdrähl

Herausgeber:

DKP München & Gruppe KAZ

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:

Jörg Högemann - Kellerstr. 28 - 81667 München

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Harmlos klingende Schikane

Die Bezahlkarte für Asylsuchende

Bayern ist wieder einmal vorne dran, wenn es darum geht, die Rechte von Geflüchteten noch weiter einzuschränken. Stolz erklärte der bayerische Ministerpräsident Söder, Bayern wäre eines der ersten Bundesländer, das den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz mit Bundeskanzler Scholz vom November 2023 nun auch umsetze und zum 1. April eine Bezahlkarte für Asylbewerber einführe. Die Karte schau aus wie eine Kredit- oder EC-Karte, so werde keiner diskriminiert. Mit der Wirklichkeit hat diese Behauptung wenig zu tun.

Ausgeschlossen von Alltäglichem

Die betreffenden Menschen erhalten eine spezielle Karte, auf die der Betrag gebucht wird, der ihnen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (ca. 100.- Euro weniger als der Regelsatz nach dem Bürgergeld) zugestanden wird. Lächerliche 50.-Euro davon können sie abheben. "Uns ist wichtig, dass wir das verfügbare Bargeld, das es noch gibt, geringer ansetzen als in anderen Bundesländern", betont der Ministerpräsident in BR 24 am 20.März. Mit dieser Karte können die Menschen nur in den Geschäften bezahlen, die dieses System eingeführt haben. Viele haben es bisher nicht eingeführt, viele, v.a. kleinere Geschäfte werden es auch nicht einführen, da das Geld kostet. Mal schnell beim Bäcker eine Breze kaufen, wenn das Bargeld aufgebraucht ist? Kopfschütteln bei der Verkäuferin, die Karte können wir nicht annehmen. Geld für den Schulausflug des Kindes? Da müssen die Eltern dann wohl zum Amt, um

das irgendwie zu regeln, denn die Schule hat natürlich auch kein entsprechendes Gerät – oder das Kind kann nicht mitfahren.

Keine Diskriminierung?

Überweisen kann man mit dieser Karte nichts und das soll ausdrücklich auch so sein. Überweisungen in die Heimatländer sollen unterbunden werden. Was bedeutet das? Ein Beispiel.

Zu viel der Menschlichkeit

In der Tagesstätte, in der ich gearbeitet habe, betreuten wir zwei kleine Jungs. Ihre Mutter war mit ihnen aus Nigeria hierher geflüchtet. Die älteren zwei Töchter musste

Versorgung der Enkelinnen etwas zu unterstützen. Denn auch die Großmutter war arm. Doch dieses kleine Stück Menschlichkeit ist schon zu viel für die CSU und inzwischen auch für die Regierungskoalition. Während Milliarden Euro um die Welt transferiert werden, stets auf der Suche nach möglichst profitträchtigen Anlagen, ist eine solch selbstverständliche Fürsorge einer Mutter um das Wohl der Kinder mit der Bezahlkarte nicht mehr möglich. Es könnten ja Schulden an sog. Schlepper, in grauer Vorzeit einmal Fluchthelfer genannt, überwiesen werden. „Mit dieser Karte senken wir Zuzugsanreize und bekämpfen Schlepperkriminalität“, so das bayerische

Innenministerium. Es ist inzwischen bei allen, die sich mit Fluchtursachen beschäftigen bekannt, dass sowohl die eine wie die andere Behauptung Unfug ist. Menschen, die die Strapazen einer Flucht auf sich nehmen, bei der sie nicht einmal wissen, ob sie unversehr ankommen, haben anderes im Kopf als zusätzliche Schikanen in den Zielländern. Sie wollen einfach weg von Elend, Hunger, Chaos, Krieg, Verfolgung. Ebenso ist bekannt, dass die Überweisungen von Geflüchteten ins Heimatland äußerst gering sind, nun wirklich keinen erstaunen kann. Warum also diese Bezahlkarte?



Protestaktion gegen das bayerische Ausgrenzungsgesetz, offiziell Integrationsgesetz genannt, 2017

sie bei der Großmutter zurücklassen. Sie hoffte, sie irgendwann nachholen zu können, was ihr, solange wir das verfolgen konnten, stets verwehrt worden ist. Diese Familie sparte sich jede zusätzliche Scheibe Brot vom Munde ab, um wenigstens eine kleine Summe nach Nigeria überweisen zu können, um die Großmutter bei der

Ausgrenzung

Nicht einmal eingespart wird damit irgendetwas. Im Gegenteil, die Einführung dieses Systems kostet Geld, wieviel will Söder noch nicht verraten. Er verkündet nur großzügig, dass der bayerische Staat die Kosten übernimmt, die Kommunen also nicht zusätzlich belastet werden. Mit diesem Geld könnte sicherlich auch für jeden Asylsuchenden ein Bankkonto eingerichtet werden, auf das die Ämter die entsprechenden Gelder überweisen, so wie es heute üblich ist. Dann wären die Ämter auch den Verwaltungsaufwand los, das Geld jeden Monat an die Flüchtlinge bar auszahlen zu müssen- ohne Ausgrenzung und Diskriminierung.

Doch offensichtlich geht es genau darum. Es geht ganz offen nur um die Botschaft, dass Geflüchtete hier nichts zu suchen haben und deshalb für sie nicht gelten soll, was für alle anderen alltägliches Recht ist. So schürt man Rassismus und treibt die Gesellschaft weiter nach rechts. ■gr

Hier könnte Dein Leserbrief stehen!

Immer wieder werden unsere Auf Draht-Verteiler von Kollegen angesprochen: „Is' ja gut, dass ihr hier steht ... aber da drinnen (deutet aufs Werk, z.B. BMW) ändert sich nie was.“ Sie sind unzufrieden mit den Arbeitsbedingungen und allem, was damit zusammenhängt. Es bleibt nie viel Zeit für ein längeres Gespräch. Das Drehkreuz wartet.

Kolleginnen und Kollegen, wenn Ihr was loswerden wollt, schickt uns ein kurzes Mail. Das können wir in der Auf Draht veröffentlichen – natürlich ohne Namensnennung. Das wird sicher auch andere Beschäftigte interessieren!

Schreibt an: auf.draht@gmx.de

Benko in München – außergewöhnlich, aber wie gehabt

Die Investoren Ergebnisse kennt man hier seit vielen Jahren

Wenn Investoren ganz normal ihren Geschäften nachgehen, verwandeln sie eine vergleichsweise gemütliche Innenstadt Stück für Stück in einen Verhau aus Bauruinen oder unschönen Neubauten. Im Prinzip machen alle Investoren das selbe wie Benko, günstig kaufen, den Wert hochtreiben und dann weiterschauen was man noch herausholen kann. Ergebnis ist ein zunehmend hässlicheres Stadtbild, zunehmende Versiegelung, ungebremst steigende Mieten. Warnungen vernünftiger Stadtplaner und Architekten wirken kaum. Die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung schwören, dass ihnen wegen der Gesetzeslage die Hände gebunden sind, bzw. äußern offenherzig, dass es ihr Job ist, den Vollzug des Baurechts zu garantieren. Deswegen seien auch die Bauruinen zwischen Hauptbahnhof und Fußgängerzone mehr oder weniger ohne ihr Zutun entstanden.

Seit einigen Wochen nun kommen laufend neue Meldungen, welche Summen Landesbanken und Sparkassen an Benko geliehen haben, u.a. die Stadtsparkasse München. Für die Stadtrats - CSU ist dies ein super Wahlkampfgeschenk: Vom Oberbürgermeister Reiter als Vorstand des Verwaltungsrats will sie wissen, wie der Kontakt zwischen Benko und der Sparkasse zustande kam und ob die Sparkasse ordnungsgemäß gehandelt hat. Noch mehr Heuchelei kann man sich kaum vorstellen:

Die CSU selber sitzt wie die anderen Parteien im Verwaltungsrat der Sparkasse, wo die Geschäfte kontrolliert wurden, zuweilen zu Benkos Wohlgefallen wie es scheint. Zum Vorteil für Benko war auch das Einknicken des Stadtrats vor der Forderung nach Zerstörung der histori-

auf dem Papier, aber eine der wichtigen Voraussetzungen für das Einsammeln von weiteren Millionen auf der ganzen Welt.

Soweit ist dies ein kleines Stückchen der weltweiten Zockerei und Kumpanei und Gutgläubigkeit, die das System Benko erst



schen Arkaden vor der Alten Akademie. Die Stadtrats – CSU argumentierte damals, dass Arkaden für München nicht typisch seien. Für Benko waren das einige Millionen Euro Mieteinnahmen mehr, zwar nur

möglich machten. Um den Wert von Immobilien ohne irgendeine Leistung derart in die Höhe zu treiben, braucht es ein Netz von Mitmachern. Hat sich in München eventuell jemand gutgläubig über den Tisch ziehen lassen?

Die nächste Ausgabe der Auf Draht erscheint am 11. Juni 2024

Anzeigen

KAZ KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

KAZ-Ausgabe 387, April 2024 mit folgenden Themen:

"In 5 Jahren müssen wir Kriegstüchtig sein!" 1914, 1939, 2029?

außerdem u.a.:

Für Frieden und Asylrecht

KAZ erscheint vierteljährlich
Einzelheft: 1,50 Euro
Jahresabo: 10,00 Euro
KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG
www.kaz-online.de

Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)
Postfach 21 04 46
90122 Nürnberg
Tel./Fax: 0911 / 356 913
email: gruppeKAZ@kaz-online.de

Vor über 50 Jahren waren in München die Preise für Immobilien noch im Rahmen des Üblichen. Nach der Bewerbung für die Olympischen Spiele und den folgenden Bauprojekten allerdings hatte München immer schneller die Aufmerksamkeit von Investoren auf sich gezogen. Aber auch die Verantwortung für eine menschenwürdige Stadtentwicklung war damals in München noch lebendig. Es entstand vielfältiger Widerstand und zunehmendes Engagement, sogar bei politisch Verantwortlichen. Damals sorgte sich der Münchner Stadtrat um die Bodenpreise, die ohne Leistung durch reine Spekulation ständig stiegen. Vom Gesetzgeber forderte er 1972 die Einführung einer Bodengewinnsteuer in Kommunen. Dass dies bis heute von Großgrundbesitzern und ihren Vertretern in der Politik verhindert werden konnte, liegt wohl an unserem Wirtschaftssystem. Heute ist München ein Investorenparadies. Da hilft nur noch Enteignung, damit Grund und Boden für eine lebenswerte Stadt genutzt werden kann. ■muk

Auf Draht dokumentiert:

Unsere Kinder nicht für ihren Krieg!

Unsere Kinder haben eine bessere Zukunft verdient!

Was Söder und seine Staatsregierung mit dem geplanten „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“ installieren will, fordert unseren Widerstand heraus.

Die bayerische Staatsregierung macht mit dem geplanten Gesetz an den Universitäten das Grundgesetz mit seiner Freiheit von Forschung und Lehre zu Makulatur. Die Zivilklausel soll verboten werden, die deutsche Armee kann die Universitäten und Hochschulen, die Studierenden aus aller Welt, zur Forschung für den Krieg zwingen.

Die bayerische Staatsregierung erklärt die Schulen zum Rekrutierungsfeld der Armee, ihre „Karriereberater“ dürfen entgegen der UNO-Kinderkonvention Minderjährige für das Mordhandwerk anwerben. Sie gibt den Unterricht über Krieg und Frieden in die Hände der Militärs, für die der Krieg nicht das Schlimmste, sondern das Normalste ist.

Die bayerische Staatsregierung reiht sich damit ein in den absurden Zug von Strack-Zimmermann, Pistorius, Baerbock, Stark-Watzinger, Hofreiter, Kiesewetter und Co, die nur noch eine Prämisse kennen: Unser Land „kriegstüchtig“ zu machen – und unsere Kinder und Enkelkinder fit für die Front zu machen. Sie sollen das Kanonenfutter sein, die Mörder für die Interessen von Regierung und Kapital. Und das zum dritten Mal!!!

Dem können und wollen wir nicht tatenlos zuschauen.

Wir brauchen keine Soldaten und Offiziere, sondern mehr Lehrer an den Schulen statt ständig ausfallendem Unterricht!

Wir brauchen keine Hochrüstung, sondern mehr Kitas und endlich bessere Ausstattung der maroden Schulen!

Wir brauchen keine Kriegsforschung, sondern Forschung für die Bedürfnisse der Menschheit!

Schluss mit der Ausrichtung des ganzen Landes auf den Krieg!

Wir rufen deswegen Alle zum Widerstand auf gegen diesen Kriegskurs, konkret gegen dieses von der Staatsregierung geplante Kriegsförderungsgesetz.

HANDELN WIR – JETZT!

Arbeiterinnen und Arbeiter, Eltern und Großeltern aus München und vielen anderen Städte

Rückmeldung – bitte senden an kfg-nein@outlook.de

Name.....

Ort.....

Gewerkschaft/Funktion/Betrieb:

Email/Handy

Ich unterstütze den Aufruf „Unsere Kinder nicht für ihren Krieg!“ und möchte über weitere Aktivitäten gegen das geplante Kriegsförderungsgesetz informiert zu werden.

Unterstützungskonto:

Kontoverbindung: Gerhard Schmidt DE61 1001 0010 0341 094134, Stichwort: KFG NEIN



Unsere Spitzenkandidaten zu Wahl des EU-Parlaments sind der DKP-Chef Patrik Köbele, die Vorsitzende der Arbeiterjugendorganisation SDAJ Andrea Horning und Manaf Saleh mit palästinensischen Wurzeln.

Die DKP ist deine Partei!

Wer fordert Heizung, Brot und Frieden?

Warum kandidiert die DKP zur EU-Parlamentswahl?

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) tritt zur EU-Wahl an. Warum? Weil wir eine echte Alternative auf dem Stimmzettel anbieten, für alle die NEIN sagen wollen zur Aufrüstung und Kriegskurs und die sich gegen das Abwälzen der Krisenlasten und Kriegskosten auf die kleinen Leute stellen.

Die DKP ist die einzige Partei, die auf dem Wahlzettel zur EU-Wahl steht und die Friedensfrage konsequent in den Mittelpunkt stellt: Wir fordern den Austritt Deutschlands aus der NATO, den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland und den Stopp aller deutschen Waffenlieferungen!

Dahin werden wir nicht per Wahlen kommen, dafür müssen wir kämpfen: Mit einer Wende hin zu demokratischem und sozialem Fortschritt wollen wir die Macht des Großkapitals einschränken.

Mit deiner Proteststimme für die DKP zeigst Du, dass Du dich gegen den massiven Sozialabbau und den fortschreitenden Demokratieabbau zur Wehr setzt.

Wir Kommunisten wollen das kapitalistische System bekämpfen, weil es zutiefst ungerecht ist, auf der Ausbeutung des Volks durch die Reichen beruht und uns nur Krisen zu bieten hat. Für unser Ziel, ein Gesellschafts- und Wirtschaftssystem ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, braucht es einen revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen.

Wir machen uns keine Illusionen, dass die imperialistische EU irgendeinen Nutzen für uns hat: Die EU ist eine Union der großen Banken und Konzerne!

Schau dir auch unsere Forderungen an, vergleiche sie mit den etablierten Parteien und entscheide, ob eine von ihnen oder die DKP deine Interessen vertritt.

Zur EU-Wahl werden wir wieder an die Wahlurnen gerufen. Dazu haben wir einen Parteien-Check erstellt, der ihr Handeln vergleicht. Wir vergleichen also nicht nur die Programme, sondern insbesondere was die Parteien daraus machen. Denn Wahlprogramme sind meist hohle Worte – Die konkrete Politik der Herrschenden dient den Interessen der großen Banken und Konzerne: „No matter what my German voters think“, wie es die grüne Außenministerin Annalena Baerbock so schön formuliert hat.

Frage 1: Sollen die Sanktionen gegenüber Russland abgeschafft werden?

DKP: JA! Die DKP ist für ein Ende der Wirtschafts-Sanktionen der Herrschenden. Diese werden aktuell als imperialistische Waffe gegen Russland verwendet. Sanktionen treffen immer sowohl im sanktionierten als auch im eigenen Land die arbeitenden Menschen am härtesten.

BSW: JA. Begründet wird dies mit einer Außenwirtschaftspolitik, die auf stabile Handelsbeziehungen mit möglichst vielen Partnern setzt statt auf Blockbildung und ausufernde Sanktionen.

LINKE: JA UND NEIN... Sanktionen, die die Zivilbevölkerung treffen, werden zwar abgelehnt. Doch die Linke wünscht sich Sanktionen, die nur die Macht von Putin, der russische Rüstungsindustrie und die Millionäre und Milliardäre schwächt.

SPD: NEIN. Ihre frühere Russlandpolitik sieht die SPD als Fehler. Eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland wird abgelehnt, solange „Russland sein imperialistisches Ziel der Eroberung und Unterdrückung souveräner Staaten verfolgt“.

GRÜNE: NEIN. Die Grünen sind für eine Verschärfung der Sanktionen. Schließlich, will man „Russland ruinieren“.

FREIE WÄHLER: JA UND NEIN. Es gibt keine einheitliche Linie. Die Freien Wähler vertreten je nach Bundesland verschiedene Ansichten.

CSU/CDU: NEIN. Die CDU/CSU steht „ohne Wenn und Aber“ hinter den Sanktionen. Behörden sollen gestärkt werden, um die Sanktionen besser durchzusetzen.

FDP: NEIN FDP: Nein. Die FDP will die Sanktionen verschärfen. Der verbliebene Russland-Handel soll weitestgehend eingestellt werden und ein umfassendes Embargo durchgesetzt werden (auch für unbeteiligte Dritt-Staaten).

AfD: JA. Die AfD will die Sanktionen aufheben, um damit die „deutsche Wirtschaft zu stärken“. Dem rechtsextremen AfD-Spitzenkandidaten Krah „drängt sich der Gedanke auf, dass es bei den Sanktionen gar nicht um Russland geht, sondern um Deutschland.“

Weiterlesen: www.dkp-muenchen.de/aufdraht



Frage 2: Sollen Waffenexporte abgelehnt werden?

Frage 3: Sollen die Arbeiterrechte verbessert werden?

Frage 4: Soll die Militarisierung in der EU verhindert werden?

Frage 5: Sollen Asylrecht und Schutz von Flüchtlingen gestärkt werden?

Frage 6: Sollen kleine Bauern gefördert werden statt Agrarkonzerne?